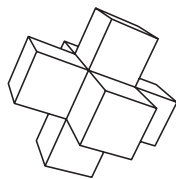

Wachstum schafft Wohlstand.

→ Freisinnige Kernthemen
und Forderungen fürs
Wahljahr 2007

www.fdp-zh.ch



FDP

Wir Liberalen.

-> Wirtschaft

Wachstum schafft Arbeitsplätze.

Herausforderungen

1. Für schwach qualifizierte Lehrabgänger, ältere Menschen und Ausländer gibt es zu wenige Arbeitsplätze.
2. Die Staatstätigkeit und -ausgaben sowie die Verschuldung der Gemeinwesen haben sich in den vergangenen Jahren massiv erhöht. Eine Strategie zur nachhaltigen Sanierung fehlt. Die Ausgaben übersteigen die Erträge Jahr für Jahr.
3. Familie und Beruf sind heute oft immer noch schwer vereinbar. Vor allem hoch qualifizierte Frauen haben Mühe, nach der Geburt eines Kindes ihre Arbeit wieder aufzunehmen, da die entsprechenden Betreuungsstrukturen fehlen.
4. Im internationalen Vergleich steht die Schweiz bezüglich Steuerbelastung gut da. Doch die Staats- und die Fiskalquote wachsen seit 15 Jahren im Vergleich zu den übrigen OECD Ländern überdurchschnittlich an. Grund dafür ist u.a. die jährlich zunehmende Last der Zwangsabgaben.
5. Seit Jahren verzeichnet die Schweiz nur ein schwaches Wirtschaftswachstum.
6. Unser Staat wird zunehmend zum Bevormundungs-, Regulierungs- und Umverteilungsstaat – zulasten der individuellen Freiheit, Lebensgestaltung und Selbstverantwortung.

Freisinnige Grundhaltung

1. Die FDP kämpft für alles, was Freiheit, individuelle Entfaltungsmöglichkeit und Wachstum fördert. Denn Wachstum bringt eine Steigerung des Wohlstandes für alle, mehr Arbeitsplätze und stabilere soziale Verhältnisse; höheres Wachstum erzielen wir durch intensiven Wettbewerb sowie unternehmerische Handlungsfreiheit ohne Bürokratiefesseln.

2. Wir wollen mehr unternehmerische Freiheit und weniger Umverteilung:

- Persönlicher Einsatz muss sich wieder lohnen.
- Für Arbeitslose muss es sich lohnen, eine Arbeit anzunehmen.

3. Die Staatsausgaben sind zu stabilisieren. Die Zunahme der Staatsausgaben muss unter dem Wachstum des BIP liegen.

4. Familie und Beruf müssen vereinbar sein. Dies ist ein wesentlicher Standortfaktor. Es liegt in der Eigenverantwortung und Freiheit jedes einzelnen Elternpaares, ob und in welchem Masse sie sich am Erwerb beteiligen. Der Staat soll Rahmenbedingungen schaffen, damit möglichst viele Kinderbetreuungsplätze auf privater Basis geschaffen werden können.

Konkrete Forderungen

1. Wir verlangen eine Einschränkung des Verbandsbeschwerderechts, Rechtssicherheit für Investoren sowie die Nichtratifizierung der Aarhus-Konvention.

3. Die Haushaltssanierung basiert auf 4 Pfeilern: Ausgabenseitig erfolgt sie durch Kostenreduktion und Strukturereformen, ertragsseitig durch eine Steuerstrategie und Wachstumspolitik.

3. Ältere Menschen sind durch Schaffung von Anreizen (wieder) in den Arbeitsprozess zu integrieren. Durch den Abbau der Regulierungsdichte sollen Lehrstellen und Arbeitsplätze – insbesondere für schwach qualifizierte Lehrabgänger und Ausländer sowie für ältere Menschen – geschaffen werden.

4. Die Attraktivität von Krippen für junge mittelständische Familien soll gesteigert werden. Dank weniger Regulierung (Revision der Verordnung und der Richtlinien) sollen mehr privat organisierte Kinderbetreuungseinrichtungen (Krippen und Horte) entstehen. Wir fordern einen Abbau von Hürden bei der Einrichtung und beim Bau von Kindertagesstätten. Eine Kompetenzenbilanz soll als wichtiges Zulassungskriterium zu einer verkürzten Ausbildung als Kleinkind- und Schülerbetreuer(in) für Quer- und Wiedereinsteiger gelten. Es sind subjektorientierte Finanzierungsformen in der familienexternen Kinderbetreuung zu prüfen.

5. Mit der Steuersystem-Reform EasySwissTax will die FDP eine massive Vereinfachung des Steuersystems erreichen und so den leistungswilligen Mittelstand entlasten. Wir wollen keine Steuererhöhungen und verlangen die Überprüfung einer Reform der direkten Bundessteuer. Der Kanton Zürich braucht eine Steuerstrategie sowie einen neuen kantonalen Finanzausgleich (REFA).

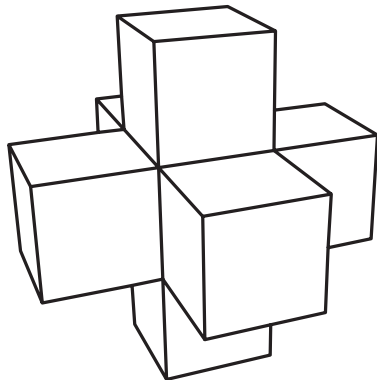
6. Wir verlangen einen Abbau der Regulierungsdichte, keine Steuererhöhungen, eine Steuerstrategie gegen die Abwanderung guter Steuerzahler sowie ein investitionsfreundliches Klima zur Schaffung neuer Lehrstellen und Arbeitsplätze.

-> Bildung

Wachstum durch Bildung – Bildung durch Wachstum.

Herausforderungen

1. Die Stärkung des Wirtschafts-, Forschungs- und Bildungsstandorts Zürich ist nötig.
2. Für schwach qualifizierte Schulabgänger fehlen Lehrstellen, Ausbildungsplätze und Praktikumsstellen.
3. Es besteht die Gefahr einer Nivellierung der Volksschulbildung gegen unten.
4. Individuelle Fähigkeiten und ausserordentliche Begabungen sollten wirksamer gefördert werden.
5. Die Bildungskosten steigen laufend an, wobei hohe Investitionen allein noch kein hohes Bildungsniveau garantieren.
6. Im Bildungswesen gibt es nur wenig Wettbewerb.
7. In der Schweiz erfolgt die Einschulung zu spät und dauert die Schulzeit zu lange, was einen sehr späten Eintritt ins Berufsleben mit sich bringt.



Freisinnige Grundhaltung

1. Die FDP strebt ein Bildungssystem an, das auf allen Stufen Leistungswillen und –fähigkeit, Kreativität sowie selbständiges und eigenverantwortliches Denken und Handeln fördert.

2. Die FDP fördert den Wettbewerb unter staatlichen und privaten Anbietern auf allen Bildungsstufen.

3. Ein qualitativ hoch stehendes Bildungssystem ist eine Grundvoraussetzung für ein Leben in Freiheit, Chancengleichheit und individuelle Entfaltungsmöglichkeit sowie für Konkurrenzfähigkeit mit dem Ausland, Wirtschaftswachstum und Steigerung des Wohlstands.

Konkrete Forderungen

1. Stärkung des Hochschul- und Forschungsstandorts Zürich (z.B. durch Public Private Partnership); frühe Einschulung; gezieltes Qualitätsmanagement durch Bildungsstandards; vergleichende Tests; gute Ausbildung für Lehrkräfte aller Stufen; Verbesserung der Betreuungsverhältnisse an der Universität.

2. Stärkung des dualen Bildungswegs zur Abdeckung der Bedürfnisse von Arbeitnehmenden und Unternehmen, insbesondere durch Sicherstellung der landesweiten Harmonisierung der Qualitätsstandards innerhalb der Sek I; aktive Lehrstellenförderung durch Abbau der administrativen Hindernisse; direkter Übertritt in die Berufsbildung nach dem neunten Schuljahr (keine künstlichen, Schule verlängernden Massnahmen); gezielte Förderung von schwach qualifizierten Schülern durch Bildungs- und Integrationspolitik, die sich an Schüler und Eltern richten muss.

3. Keine Wettbewerbsverzerrung im Weiterbildungsbereich zwischen Staat und privaten Anbietern.

4. Wirksamere Förderung individueller Fähigkeiten und ausserordentlicher Begabungen.

5. Überprüfung der Aufgaben und Ausgaben auch im Bildungswesen.

-> Gesundheit und soziale Sicherheit

Wachstumspolitik ist echte soziale Politik.

Herausforderungen

1. Zürich als Zentrum der Spitzenmedizin steht national und international in starkem Konkurrenzkampf.

2. Der Hausarztbestand nimmt insbesondere in ländlichen Gebieten immer mehr ab. Viele Ärzte finden keine Nachfolger mehr. Damit ist die Grundversorgung in Gefahr.

3. Den Kostenanstieg im Gesundheitswesen spürt der Bürger direkt. Es wird jedoch nicht grundlegend reformiert, sondern nur eine behelfsmässige „Pflasterlipolitik“ betrieben.

4. Das heutige System der Spitalfinanzierung mit seinem planwirtschaftlichen Ansatz ist gescheitert. Eine Reorganisation des Systems hin zu mehr Wettbewerb ist notwendig, um die Spitalkosten zu senken und die Qualität der Leistungen zu steigern. Im Rahmen der Spitexfinanzierung stellt sich in Zusammenhang mit der NFA die Frage der Kostenverteilung. Weil der Bund seine Direktzahlungen einstellen wird, ist die Frage nach der Höhe der Kostenbeteiligung des Einzelnen zu beantworten.

5. Die Finanzierung der AHV und IV ist nicht gesichert. Während die IV heute schon massiv überschuldet ist, wird die AHV ohne Massnahmen spätestens in 10 Jahren das heutige Leistungsniveau nicht mehr halten können.

6. Die Belastung durch die Sozialhilfe für die Gemeinden (insbesondere für die Städte) hat in den letzten 10 Jahren dramatisch zugenommen. Das liegt v.a. daran, dass immer mehr Jugendliche und junge Erwachsene auf Sozialhilfe angewiesen sind und dass die generelle Integration von leis-

tungsschwächeren Menschen in den Arbeitsmarkt objektiv schwieriger geworden ist.

Freisinnige Grundhaltung

1. Staatliche Planung fördert eine teure Bürokratie.
2. Der Hausarzt als selbständiger Unternehmer ist zu stärken.
3. Soziale Sicherheit ja – aber mit Grenzen.
4. Die Patienten sind mündig und selbstverantwortlich. Dirigistische und letztlich zur Staatsmedizin minderer Qualität führende Massnahmen lehnen wir ab.
5. Der Altersdurchschnitt in der Schweizer Bevölkerung nimmt weiter zu. Vor diesem Hintergrund gilt der Grundsatz „Hilfe zur Selbsthilfe“. Soziale Probleme sollen nicht mit viel Geld verwaltet werden. Es sind vielmehr Anreize zu schaffen, dass möglichst viele Menschen wieder selbst für sich sorgen können.
6. Die beste Sozialpolitik ist eine Wirtschaftspolitik, die Unternehmen nicht einschränkt und nicht unnötig regulatorisch behindert.

Konkrete Forderungen

1. Die Spitzenmedizin ist zu konzentrieren. Die Zuteilung erfolgt auf der Basis von medizinischer Qualität, Kosteneffizienz und internationaler Wettbewerbsfähigkeit.
2. Um die Grundversorgung sicherzustellen, ist die Hausarztmedizin (als Ergänzung zur Spitzenmedizin) zu fördern. Die Gründung eines Instituts für Hausarztmedizin muss daher umgesetzt, die Anstellung von Assistenten und die Zulassungsregelung müssen erleichtert werden.

3. Wir wollen primär eine definierte Vorsorge, Pflege- und Gesundheitsversorgung – und sekundär eine Sozialpolitik als Finanzierungshilfe für die wirtschaftlich Schwächeren. Wir fordern eine modular aufgebaute Krankenversicherung mit frei wählbaren Leistungspaketen, basierend auf einer eingeschränkten Grundversicherung, mit der die medizinischen Grossrisiken abgedeckt sind.

Wir verlangen eine individuelle Prämienverbilligung ohne Giesskannenprinzip.

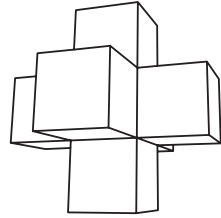
4. Wir fordern mehr Eigenverantwortung: Individuell beeinflussbare Lebensstilrisiken sollen nicht der Gesamtgesellschaft aufgebürdet werden.

5. Patienten (und nicht die Behörden) sollen aufgrund objektiver Qualitäts- und Preiskriterien in einem schweizerischen Binnenmarkt ihre medizinischen Leistungserbringer selber wählen können. Wir wollen einen freien Marktzutritt für alle Leistungserbringer (Qualitäts- und Preiswettbewerb anstelle von diskriminierender Planung).

Der sofortige Übergang zur Leistungsfinanzierung ist ein erster Schritt zu Transparenz und Wettbewerb im Gesundheitswesen. Die Spitexdienste sind als kostengünstige Alternative zu Spital und Pflegeheim zu fördern.

6. Die IV muss rasch saniert werden, v.a. durch einen verstärkten Kampf gegen den Missbrauch und unter Einbezug der 7 Mrd. Franken aus den Nationalbankgoldreserven ohne Mehrwertsteuererhöhung. Die AHV-Revision muss mit realistischen Vorgaben erfolgen; die Belastung der aktiven Bevölkerung darf nicht noch grösser werden.

7. Das Prinzip „Arbeit statt Fürsorge“ ist konsequent umzusetzen. Es sollen jene belohnt werden, die sich selbst aktiv um eine Reintegration in den Arbeitsmarkt bemühen.



-> Sicherheit

Wachstum schafft Sicherheit und Freiheit.

Herausforderungen

1. Das Funktionieren der Rechtsordnung ist heute nicht mehr selbstverständlich: Wir stellen Unsicherheit auf nächtlichen Strassen, Zunahme von Kleinkriminalität, Drogenhandel, Jugendgewalt, Vandalismus sowie Gewalt gegen Leib und Leben fest. Die Ursachen dafür sind vielschichtig und liegen in der Arbeitslosigkeit, Veränderung informeller gesellschaftlicher Normen und Erziehung, im hohen Rhythmus der Leistungsgesellschaft sowie in der Gewaltdarstellung und -verherrlichung in den Medien.

2. Die diffusen Bedrohungen richten sich weniger gegen das Territorium des Staates als vielmehr gegen seine Gesellschaft, Wirtschaft, Informatik- und Kommunikationsstruktur (Ausbreitung von Nuklearwaffen, Terrorismus, Migrationswellen und Glaubenskriege in neuer Form wie z.B. Islamismus).

Freisinnige Grundhaltung

1. Wir stehen ein für einen starken Rechtsstaat unter grösstmöglicher Wahrung der Freiheitsrechte des Einzelnen.

2. Sicherheit ist eine unabdingbare Voraussetzung für Freiheit und Entfaltung des Einzelnen.

3. Eltern müssen wieder vermehrt in die Verantwortung für das Tun und Lassen ihrer Kinder und Jugendlichen einbezogen werden.

Konkrete Forderungen

1. Das subjektive Sicherheitsgefühl ist durch mehr Sauberkeit im öffentlichen Raum und Präventionskampagnen durch Staatsorgane zu verbessern.

2. Die bestehende Rechtsordnung muss konsequent durchgesetzt werden: Wir setzen uns für bürgernahe Polizei- und Justizorgane ein, welche Verbrechen wirksam bekämpfen und begangene Straftaten rasch ahnden können. Dazu ist eine flexible Umschichtung polizeilicher Ressourcen nötig.

3. Die Jugendgewalt muss durch Ausbau der Sicherheitspartnerschaften mit Schulen und Sozialbehörden inklusive Schulsozialarbeit (Integration und Wertvermittlung), Baubehörden (Siedlungspolitik), Organisationen und privaten Anbietern eingedämmt werden. Über die einzelnen Behörden hinaus ist Kriminalitätsprävention zu betreiben.

4. Ein spezieller Fokus ist auf die Integration und Assimilierung von legal anwesenden erwachsenen und jugendlichen Ausländern ab der ersten Stunde zu richten (z.B. Deutschunterricht).

5. Eine glaubwürdige Verteidigung ist Daueraufgabe jedes souveränen Staates. Wir stehen ein für die Bewilligung eines minimalen Finanzplafonds von 4 Mrd. Franken für Unterhalt und Erneuerung der Armee.

6. Bei der Umsetzung der neuen Armee sind Stabilität und Kontinuität statt sprunghafter Reformen gefragt.

7. Wir wollen keine Abkehr vom Prinzip der allgemeinen Wehrpflicht, sondern eine Förderung des Milizgedankens.

-> Flughafen

Unser Flughafen – das Tor zur weiten Welt.

Herausforderungen

1. Die einseitigen deutschen Verordnungen haben zu einem geänderten Anflugregime (Süd- und zusätzliche Ostflüge) geführt. Dies hat Rechtsunsicherheit bei den Grundstückseigentümern, Planungsunsicherheit bei den Gemeinden sowie einen Vertrauensschwund der Bevölkerung gegenüber Flughafen und Politik bewirkt.

2. Tausende Arbeitsplätze sind direkt oder indirekt vom Flughafen abhängig und wären durch eine Plafonierung gefährdet.

3. Das Bedürfnis nach Mobilität und internationalen Direktverbindungen nimmt weiterhin zu.

4. Im Moment steht einzig die Lärmfrage im Vordergrund. Von Arbeitsplätzen wird faktisch nicht gesprochen.

Freisinnige Grundhaltung

1. Der Flughafen muss sich im europäischen Standortwettbewerb behaupten können.

2. Die FDP will die Funktion des Flughafens als erstrangiger Standortfaktor für die ganze Schweiz erhalten.

3. Die FDP will die hohe Lebensqualität der Zürcher Bevölkerung und den attraktiven Wirtschaftsstandort Zürich erhalten. Deshalb müssen auch die Transportsysteme (Flughafen, Strassen, Bahnen) den entsprechenden Qualitätsanforderungen genügen. Allfällige ungünstige Auswirkungen in den Bereichen Sicherheit, Umwelt und Siedlungs-

raum müssen gezielt minimiert werden, unter Beachtung des Grundsatzes der Verhältnismässigkeit.

4. Entscheidend für die Wohn- und Lebensqualität der betroffenen Bevölkerung ist nicht nur die Anzahl Flugbewegungen, sondern v.a. auch der Stand der Technik der Flugzeuge, also die effektive Lärmemission pro Maschine.

Konkrete Forderungen

1. Die Hauptausrichtung des Flughafens gegen Norden ist aus raumplanerischen, betriebswirtschaftlichen und Lärmschutzgründen beizubehalten.

2. Wir fordern die rasche Einführung des gekröpften Nordanflugs sowie die Wiederherstellung der Rechtssicherheit für Grundeigentümer und die Gewährleistung der Planungssicherheit für die Gemeinden.

3. Auf Südanflüge und eine Mehrbelastung durch Ostanflüge ist zu verzichten. Wir fordern eine Rückkehr zum alten Regime.

4. Die FDP fordert den Bund auf, seine Führungsverantwortung endlich wahrzunehmen und verlangt Neuverhandlungen mit Deutschland über einen Staatsvertrag. Die politischen Verhandlungsspielräume zwischen der Schweiz und Deutschland müssen gesamtheitlicher – und über die Luftverkehrspolitik hinaus – ausgelotet werden.

5. Wir wollen keine Plafonierung der Flugbewegungen. Vielmehr sind Flugzeuge zu begünstigen, welche Zürich mit emissions- und treibstoffverbrauchsarmen Flugzeugen anfliegen.

6. Für den Flughafen Zürich ist eine Lösung zu finden, die möglichst wenige Menschen Fluglärm aussetzt und den Flughafen in seiner Funktion als «Tor der Schweiz zur Welt» nicht einschränkt. Dazu gehören die Aufrechterhaltung und Förderung von interkontinentalen Direktverbindungen.

–> Verkehr

Mobilität ist Lebensqualität.

Herausforderungen

1. Das Verkehrsaufkommen nimmt laufend zu, die Engpässe auf Strassen und Schiene wachsen rasch an und ziehen sich bis in die Agglomerationen hinein.

2. Das Mobilitätsbedürfnis nimmt weiter zu. Der Bürger will in der Wahl des Verkehrsmittels frei sein.

Freisinnige Grundhaltung

1. Der Bürger soll in der Wahl des Verkehrsmittels frei sein.

2. Die FDP steht hinter dem Prinzip einer wachstumsfreundlichen Marktwirtschaft mit freiem Zugang für alle. Der private wie auch öffentliche Personen- und Güterverkehr zu Lande, auf Strassen und Schienen sowie in der Luft sind notwendige Teile eines Gesamtsystems, das dies ermöglicht.

3. Die Betrachtung hat in Bezug auf Planung und Investition gesamtheitlich zu erfolgen.

4. Die Transportsysteme (Flughafen, Strassen, Bahnen) müssen den Anforderungen für eine hohe Lebensqualität und einen attraktiven Wirtschaftsstandort genügen. Allfällige ungünstige Auswirkungen in den Bereichen Sicherheit, Umwelt und Siedlungsraum müssen gezielt minimiert werden. Dabei ist der Grundsatz der Verhältnismässigkeit zu beachten.

5. Die FDP will die Abläufe für Planung und Realisierung von Verkehrsinfrastrukturprojekten vereinfachen und zeitlich verkürzen.

6. Bei Bau und Betrieb der Verkehrsinfrastruktur werden die Kosten über das Verursacherprinzip verteilt: Die Kosten für die Nutzung der Anlagen sind individuell und je nach Beanspruchung zu tragen. Die Kosten für die Infrastruktur und deren Nutzung im Sinne der Grundversorgung können vom Staat übernommen werden.

Konkrete Forderungen

1. Die Lücken im Nationalstrassennetz (z.B. Oberlandautobahn, Südostumfahrung Winterthur, Gubrist) und im Schienennetz müssen geschlossen werden. Die Ortschaften im Kanton Zürich sind mittels Bau von Ortsumfahrungen gezielt zu entlasten (z.B. Waidhaldetunnel), aber auch die Agglomerationen müssen entlastet werden (z.B. Durchgangsbahnhof, Glatttalbahn).

2. Weg vom Parkplatzstreit hin zu einer raumplanerischen Lösung bei publikumsintensiven Anlagen.

3. Sowohl im Bereich Strasse als auch im Bereich Schiene ist eine klare, zeitbezogene Priorisierung der Infrastrukturen vorzunehmen. Beim motorisierten, individuellen Verkehr hat der Stadttunnel als Umfahrungsring der Stadt Zürich absolute Priorität; bei den kantonalen Strassen genießt der Waidhaldetunnel oberste Priorität.

4. Im öffentlichen Personenverkehr hat die Beseitigung des Engpasses zwischen Zürich und Winterthur oberste Priorität. Nebst der neuen Durchmesserlinie sind für den Bereich Flughafen/Dietlikon – Winterthur kurzfristig realisierbare Lösungen ins Auge zu fassen.

5. Wir wollen keinen Luxus im öffentlichen Bauwesen und fordern ein effizienteres und umsichtigeres Baustellenmanagement zur Verflüssigung des Verkehrs.

6. Die Motorfahrzeugsteuer soll im Sinne einer verursachergerechten Verkehrsfinanzierung mit ökologischen Anreizen neu ausgerichtet werden.

7. Die FDP fordert eine Verflüssigung des Verkehrs dank weniger Rotlichtern und mehr Kreiseln.

-> Energie

Nachhaltiges Wachstum braucht saubere Energie.

Herausforderungen

1. Alle nicht erneuerbaren Energieträger gehen irgendwann zur Neige, vollständige Selbstversorgung ist in Zukunft kaum möglich.
2. Auslaufen der Betriebskonzessionen bestehender AKWs.
3. Befriedigung der Mobilitätsbedürfnisse in rationeller und verbrauchsarmer Weise.
4. Einhaltung der im Kyoto-Protokoll festgehaltenen CO₂-Reduktionsziele.
5. Stetige Verbrauchszunahme des Gesamtenergiebedarfs und insbesondere des Stromverbrauchs durch Energiesparmassnahmen.

Freisinnige Grundwerte

1. Die FDP setzt sich auch im Energiebereich für wettbewerbs- und marktorientierte Rahmenbedingungen ein.
2. Der Kunde soll eigenverantwortlich und frei unter den Energieträgern wählen können.
3. Kanton und Gemeinden informieren und setzen marktwirtschaftlich verträgliche Anreize.
4. Ziel der freisinnigen Energiepolitik ist es, die Energieeffizienz zu erhöhen, Ressourcen zu schonen und schädliche Emissionen zu vermindern.

Konkrete Forderungen

1. Sicherstellen der ausreichenden Versorgung mit Elektrizität einerseits durch Verlängerung der Betriebskonzessionen der Kernkraftwerke solange möglich und von der Sicherheit her vertretbar und andererseits deren Ersatz durch Kraftwerke der neuen Generation.

2. Die Schweiz soll zudem eigene geologische Tiefenlager zur Endlagerung nuklearer Abfälle erstellen.

3. Stromproduktion möglichst CO₂-arm, mit möglichst hohem Wirkungsgrad und optimalem Einsatz (Smart Engineering).

4. Befristete steuerliche Anreize zur Nutzung CO₂-armer Treib- und Brennstoffe:

- a. im Bereich Brennstoff für die Hauseigentümer und Vermieter zur besseren Isolation und Verwendung von Solarenergie im Warmwasserbereich.
- b. im Treibstoffbereich für die Diversifikation (Bioethanol, Biogas, Ethanol aus Bioabfällen, Holzverflüssigung etc.) unter Berücksichtigung der Gesamtenergiebilanz.

5. Ausbau der Wasserkraft im Zusammenhang mit Hochwasserschutz (Gletscherschmelze), dort wo sich das ökonomisch und landschaftsverträglich gestalten lässt.

6. Entwicklung relevanter zukunftsweisender Energieformen, insbesondere die Erforschung und Erprobung der Geothermie für Wärme- und Stromerzeugung. Weiterentwicklung energieeffizienter Gesamtsysteme für den Gebäudebereich.

Sekretariat, FDP des Kantons Zürich, Spitalgasse 5, 8001 Zürich
Tel: 044 268 60 90, Fax: 044 268 60 99
E-Mail: admin@fdp-zh.ch, www.fdp-zh.ch